



Herr Bundesrat
Albert Rösti
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK

Per Mail: finanzierung@bav.admin.ch

Bern, 18. Oktober 2024

Vernehmlassungsantwort zum Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2026–2028

Sehr geehrter Herr Bundesrat Rösti,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen die folgende Stellungnahme.

Die EVP ist überzeugt, dass wir nur eine Zukunft haben, wenn diese nachhaltig gestaltet wird. Wir sind heute verantwortlich für eine intakte Umwelt für die Generationen von morgen. Der Verkehr ist in der Schweiz der grösste Verursacher von Treibhausgasemissionen. Um ein umweltfreundlicheres Verkehrssystem zu schaffen und das Ziel von Netto-Null-Treibhausgasemissionen zu erreichen, spielt die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs (öV) eine entscheidende Rolle. Neben der Sicherung und dem Ausbau eines qualitativ hochwertigen Angebots muss der Anteil des öV am Gesamtverkehr gesteigert und der Strassen-öV dekarbonisiert werden, um einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Schweizer Klimaziele zu leisten.

Wie im erläuternden Bericht dargestellt, klafft für die Periode 2026-28 eine Finanzierungslücke von rund 350 Mio. Franken. Die BAV ermittelte 2023 einen Finanzierungsbedarf von 3.849,4 Mio. Franken, doch der vom Bundesrat veranschlagte Verpflichtungskredit beträgt nur 3.496 Mio. Franken. **Die EVP hält es für unerlässlich, den beantragten Verpflichtungskredit um 210 Mio. Franken zu erhöhen, was 60 % der Lücke entspricht und zu einer Gesamtkredithöhe von 3.706 Mio. Franken führen würde.** Zudem entlasten die durch das CO₂-Gesetz bereitgestellten separaten Fördergelder den Verpflichtungskredit um etwa 30 Mio. Franken. Ohne diese Fördergelder wäre eine Erhöhung des Rahmenkredits für 2026-28 um 240 Mio. Franken notwendig.

Eine Erhöhung um 210 Mio. Franken ist unbedingt erforderlich, jedoch nur ausreichend, wenn sich der Markt wie prognostiziert positiv entwickelt und Sparmassnahmen sowie Priorisierungen – inklusive einer aktiven Verzichtsplanung durch Besteller und Transportunternehmen – konsequent umgesetzt werden. Ohne diese Erhöhung müssten bereits geplante öV-Angebotserweiterungen und wichtige Investitionen


gestoppt oder die Elektrifizierung des Strassen-öV verzögert werden, was aus umweltpolitischer Sicht nicht sinnvoll ist und von der EVP entschieden abgelehnt wird. Ein kontinuierliches Monitoring der Umsetzung muss daher ein wesentlicher Bestandteil des Finanzplans sein.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lilian Studer
Präsidentin EVP Schweiz



Alex Würzler
Generalsekretär EVP Schweiz